

Das Harburger Wahlprogramm zur Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014 (Final)

5 Inhaltsverzeichnis

- Präambel „Mehr Grün für Harburg“

Gesellschaft und Miteinander

- 10 • Demokratie lebt vom Mitmachen – Bürger_innenbeteiligung stärken
- Harburg als Bezirk stärken
- Politische Teilhabe für alle
- Vielfalt als Chance
- 15 • Lebenserfahrung nutzen
- Gleichberechtigung und Genderpolitik
- Rechtsextremismus

Umwelt und Natur

- 20 • Nachhaltige Entwicklung im Bezirk: Umwelt, Ressourcen und Klima schützen
- Ja zur Energiewende – Nein zum Fracking
- Mehr Grün in die Stadt, mehr Stadt an die Elbe
- Nachhaltiger Ausbau von Lebens- und Erholungsräumen für Mensch und Natur im Bezirk

Nachhaltige Stadtentwicklung

- 25 • Vorrang für die Innenentwicklung
- Hamburg braucht neue Wohnungen – auch in Harburg
- 30 • Für eine klima- und sozial gerechte Gebäudemodernisierung
- Lebendige Zentren Harburg und Neugraben: Da geht noch was
- Universitätsstadt Harburg
- Wissensbasiertes Gewerbe ist Harburgs Zukunft
- Industrie- und Gewerbeflächen sind nicht beliebig vermehrbar
- 35 • Binnenhafen - Vom Schrotthafen zum urbanen Stadtteil
- Moorburg und der Hafen

Mobilität für alle

- 40 • Nachhaltige Mobilität: Moderne Verkehrspolitik für Harburg
- Mehr Mitbestimmung vor Ort für eine moderne Standort- und Verkehrspolitik
- Attraktive Busse, Bahnen und Fährverbindungen
- Förderung des Radverkehrs
- Mehr Platz für alle durch Gestaltung von Straßen und Wegen
- 45 • Für maßvollen Verkehr und umfassenden Lärmschutz durch Verkehrsberuhigung

Kultur, Bildung und Soziales

- Kultur für alle fördern

- 50
- Grüne Bildungspolitik öffnet Türen für ein selbstbestimmtes Leben
 - Grüne Sozialpolitik im Bezirk Harburg - Eltern und Kinder stärken
 - Hilfe für Menschen in besonderen Problemlagen
 - Vorsorgen ist besser als heilen: Gesundheitspolitik vor Ort

55

Präambel

Mehr Grün für Harburg

60 Liebe Harburgerinnen und Harburger,

am 25. Mai 2014 werden die Bezirksversammlungen neu gewählt. Die Bezirkspolitik trifft viele praktische Entscheidungen in Ihrem persönlichen Umfeld. Sie entscheidet darüber, wo in der Nachbarschaft gebaut wird, in welchem Zustand Radwege sind und wie es im Park nebenan aussieht. Die Bezirke sind Ihr Bürger_innenservice vor Ort, zuständig für
65 Kitagutschein, Personalausweis und mehr.

Hamburg ist eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Immer mehr Menschen zieht es hier her. Hamburg profitiert davon, muss aber auch Antworten auf steigende Mieten, Gentrifizierung und zunehmende soziale Spaltung finden, damit alle Menschen davon profitieren. Die meisten Menschen in Hamburg fühlen sich mit ihrem Quartier und Stadtteil verbunden und leben dort gerne. Dennoch finden wir: Es gibt überall große und kleine
70 Sachen, die – mit Augenmaß und an den Interessen des Stadtteils orientiert - verbessert werden sollten. Diese Fragen wollen wir gern mit Ihnen zusammen angehen. Deswegen engagieren wir uns vor Ort für unser Viertel, unseren Bezirk und für unsere Stadt. Die Bezirksversammlungen sind das Herz der Bezirkspolitik. Die Bezirksabgeordneten
75 nehmen Einfluss, sie wählen die Bezirksamtsleitung und sie formulieren die politischen Interessen des Bezirks gegenüber der Landespolitik. Deswegen lohnt es sich zur Bezirksversammlungswahl zu gehen.

Was wir genau brauchen, um das Leben in den Stadtteilen zu verbessern, wissen am besten Sie selbst. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir die Entscheidungen der
80 bezirklichen Arbeit auf Beteiligung aufbauen. In Stadtteilgremien wie beispielsweise Regionalausschüssen und Stadtteilkonferenzen sowie Gesprächen vor Ort und neuen Beteiligungsformen können Sie Probleme benennen und wir finden gemeinsam die bestmögliche Lösung. Beteiligung wollen wir transparent organisieren und die unterschiedlichen Interessen klar benennen. Alle Erfahrungen zeigen, dass die
85 gefundenen Lösungen dann besser sind und vor Ort mitgetragen werden. Beteiligung ist für uns deswegen ein Gewinn und die Grundlage unserer Arbeit und keine lästige Zusatzaufgabe.

In allen Bezirken streiten und werben wir GRÜNE für klare Prioritäten:

- **Menschen in Hamburg brauchen Grün- und Freiflächen:** Die Stadt gehört ihren
90 Bewohner_innen. Öffentliche Räume sind mehr als bloße Verkaufsflächen oder Verkehrsschneisen Sie sind Begegnungsstätten. Sie bieten Raum für Sport und

Freizeit. Sie gilt es zu erhalten, zu erweitern und zu gestalten. Lebensqualität in der Großstadt erfordert auch unversiegelte Flächen. Grünflächen und Natur haben einen hohen Erholungswert, nützen dem Stadtklima und lassen Raum für Artenvielfalt.

95

- **Aufwertung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen:** Nach geltendem Recht wird der/die Bezirksamtsleiter_in für sechs Jahre von den Bezirksversammlungen gewählt; allerdings unabhängig von der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen. Wir wollen, dass die Amtszeit der Bezirksamtsleiter_innen mit der Legislaturperiode der Bezirksversammlungen synchronisiert wird. Bei den Wahlen sollen Sie die Möglichkeit haben, unmittelbar auf die Besetzung dieses Amtes Einfluss zu nehmen.

100

- **Mobilität ist mehr als von A nach B zu kommen.** Wer seine Wohnung verlässt, ist mobil und bricht auf zur Arbeit, in die Schule und zu Freunden. Daher sind wir GRÜNE für guten Fuß- und Radverkehr mit barrierefreien Wegen sowie guten Bus- und Bahnverbindungen. Wir möchten das Zusammenspiel der verschiedenen Transportmittel fördern. Denn der Trend geht weg vom Auto hin zu einem Mix aus verschiedenen Transportmitteln, die insgesamt weniger Platz brauchen. Das bedeutet, dass wir – ohne wesentliche Beeinträchtigung anderer Funktionen – viele Straßen zu Flächen zum Leben und Begegnen der Menschen beruhigen oder umbauen können.

105

110

- **Stadtentwicklung mit Augenmaß.** Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen. Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau und Baugemeinschaften fördern. Wichtig ist uns nicht nur die Quantität sondern auch die Qualität. Gebaut werden soll sozial und ökologisch verträglich. Drastische Mietsteigerungen oder die massive Umwandlung bezahlbarer Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen wollen wir durch soziale Erhaltensverordnungen aufhalten. Die Bezirksämter sind auch für die Bebauungspläne zuständig. Wir GRÜNE wollen, dass bei den Planungen stärker als bisher auf die Bedürfnisse vor Ort und den Wohnungsbau eingegangen wird. Um den Charakter der Stadtteile zu erhalten, wollen wir den Denkmalschutz stärken und die Vielfalt von kleinen Gewerbebetrieben vor Ort fördern. Auch in Sachen Energiewende wollen wir Projekte in den Bezirken umsetzen.

115

120

- **Gute Kitas, Schulen und Sozialeinrichtungen für die Stadtteile.** Wir kämpfen weiter dafür, dass alle Kinder gerechte Bildungschancen bekommen. Aus dem Schul-Volksentscheid 2010 haben wir gelernt, dass wir wichtige gesellschaftliche Reformen nicht von oben herab, sondern nur gemeinsam mit den beteiligten Lehrkräften, Eltern und Schüler_innen in den Schulen vor Ort erfolgreich angehen können. Die drängenden Fragen nach Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit im Bildungswesen sind aber nach wie vor ungelöst. Wir setzen und deshalb für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kitas genauso wie für das ganztägige Lernen an Schulen ein. Die Hamburger GRÜNEN fordern eine bessere Umsetzung der Inklusion und den Ausbau präventiver Programme. Die Stadtteilschulen müssen endlich so unterstützt werden, dass sie ihre Ziele erreichen können.

125

130

135

Soziale Problemlagen können am besten in den Stadtteilen selber erkannt werden. Wir wollen deshalb die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort und die sozialen Einrichtungen stärken. Kulturelle Vielfalt ist für Hamburg eine Chance. Wo es notwendig ist, wollen wir die integrative Arbeit stärken. Darüber hinaus setzen wir uns in allen Bezirksversammlungen dafür ein, dass Menschen, die nach Hamburg geflohen sind, hier auch menschenwürdig untergebracht werden.

140

Die Zukunft der Hamburger Bezirke, wie wir sie kennen, ist gefährdet. Wo Stellen frei werden, können sie oft nicht nachbesetzt werden. Wir wollen starke Bezirke, die ihren wichtigen Aufgaben nachkommen können: in der Kinder- und Jugendhilfe, bei den sozialen Diensten, in der Stadt- und Bauplanung und bei der Pflege von Grünanlagen. Der SPD-Senat hat den Bezirken in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben zugewiesen, allerdings ohne ausreichend Personal. Es muss wieder gelten: Wenn der Senat Aufgaben bestellt, muss er auch für die Bezahlung sorgen. Zur Zeit können die Bezirke wichtige Aufgaben nicht mehr oder nur unzureichend wahrnehmen. Kürzungen in der Erziehungshilfe und den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie sie der SPD-Senat vorgenommen hat, verschärfen soziale Problemlagen eher und sind familienunfreundlich. Insbesondere fordern wir zum Schutz unserer Kinder weiterhin mehr Personal für die Jugendämter in den Bezirken. Wir GRÜNE wollen die Bezirke wieder handlungsfähig machen.

Liebe Harburger_innen, stärken Sie die GRÜNE Politik vor Ort und in Hamburg. Wir GRÜNE streiten für klare Werte: Stadtteilorientierung, Bürger_innenbeteiligung, klimafreundliche Mobilität, Natur- und Klimaschutz, gegen soziale Spaltung, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nachhaltige Arbeitsplätze. Dafür bitten wir Sie bei den Bezirksversammlungswahlen um Ihre Stimme. Wir bitten Sie, am 25. Mai unsere engagierten GRÜNEN Kandidierenden in die Bezirksversammlungen zu wählen. Entscheidend sind dabei die fünf Stimmen für Ihre GRÜNE Bezirksliste.

Liebe Harburger_innen, wir bitten Sie, auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei den parallel stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament stark zu machen. Wir stehen für ein Europa der gemeinsamen Verantwortung und Solidarität. Wir GRÜNE sind die Partei, die sich in Brüssel und Straßburg für starke Kommunen einsetzt. So haben zum Beispiel unsere Europa-Abgeordneten die Europäische Kommission gestoppt, als sie mehr Anreize zur Privatisierung kommunaler Wasserversorger schaffen wollte. Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa. Dem anti-europäischen Populismus von Rechts und Links stellen wir eine klare Botschaft entgegen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Bei den Europawahlen wie bei den Bezirksversammlungswahlen gilt: Gehen Sie wählen und setzen Sie damit auch ein Signal gegen Rechtspopulist_innen und Nazis in den Parlamenten. Stärken Sie am 25. Mai GRÜNE Politik vor Ort. Wählen Sie GRÜN!

Gesellschaft und Miteinander

175 Demokratie lebt vom Mitmachen – Bürger_innenbeteiligung stärken

Wir GRÜNEN diskutieren und entscheiden basisdemokratisch. Daher fördern wir auch aktiv echte Bürger_innenbeteiligung auf allen Ebenen. Wir sehen in den bisherigen Formen der bezirklichen Beteiligungsformen noch in vielen Punkten Verbesserungsbedarf. Daher wollen wir:

- dass erfolgreiche Bürger_innenentscheide nicht mehr einfach vom Senat an sich gezogen („evoziert“) werden können, sondern dass zuvor ein bezirkliches Schlichtungsverfahren zur verbindlichen Regel wird.
- dass Sie, die Harburger Bürger_innen, bereits frühzeitig in Entscheidungen einbezogen werden, bevor Fachbehörden oder Verwaltung bereits Vorfestlegungen

190 getroffen haben. Alle Phasen und Sachstände der Entscheidungsfindung müssen transparent und zeitnah veröffentlicht werden. So ist beispielsweise eine Auslage im Bauamt zu den üblichen Öffnungszeiten keine ausreichende moderne Beteiligung. Hier bietet beispielsweise das Ratsinformationssystem als Onlineangebot des Bezirks neue Möglichkeiten für effektive Beteiligung. Allerdings muss es dazu noch vollständig umgesetzt, mit einer einfachen prägnanten Internetadresse versehen und öffentlich beworben werden.

195

- dass Beteiligung generell barrierefrei, in einfacher Sprache und transparent allen Menschen zur Verfügung steht. Daher müssen auch weiterhin klassische Beteiligungsformen wie Anhörungen, Auslagen etc. parallel beibehalten werden und ein barrierefreier Zugang sichergestellt werden. Wir fordern zudem zu prüfen, in wie weit die Einstiegsoberfläche eines solchen Systems auch in mehreren Sprachen und für mobile Endgeräte angeboten werden kann.

200

205 **Harburg als Bezirk stärken**

Der Bezirk Harburg hat als Teil der „Einheitsgemeinde Hamburg“ weniger Entscheidungskompetenzen als beispielsweise Buchholz oder Neu Wulmstorf. Damit die Harburger Bezirksverwaltung und Bezirksversammlung dennoch die Interessen Harburgs möglichst wirkungsvoll vertreten kann, fordern wir GRÜNEN, dass diese mehr

210 Eigenständigkeit und Befugnisse in bezirklichen Entscheidungen erhält. Konkrete Beispiele hierfür sind Straßenbaumaßnahmen in Nebenstraßen und stärkere Einflussnahmemöglichkeiten beim Verkauf städtischer Grundstücke im Bezirk. Daher wollen wir:

215

- dass bei Entscheidungen über verkehrlenkende und bauliche Maßnahmen auf bezirklichen Nebenstraßen die Befugnis von der „Unteren Straßenverkehrsbehörde“ (sprich: der Polizei) auf den Bezirk übergeht. Die Einschätzungen der örtlichen Polizei werden bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt.

220

- dass beim Kauf und Verkauf von städtischen Grundstücken im Bezirk dieser eine deutliche Einflussnahmemöglichkeit auf die zukünftige Nutzung dieser Grundstücke (bis hin zu einem Veto) bekommt.

225

- dass die Grünflächen- und Tiefbauverwaltung in den Bezirken verbleibt und ausreichend mit qualifiziertem Personal ausgestattet wird.

230

- dass Mittel für regionale Aufgaben bereitgestellt werden, mit denen der Bezirk eigenständig länderübergreifende Maßnahmen mit den niedersächsischen Landkreisen Harburg und Stade und deren Gemeinden abstimmen kann.

Die Verlagerung von Prüf-, Planungs- und Ausführungskompetenzen auf die Bezirke ist im Interesse aller Harburger_innen wünschenswert, jedoch mit einem höheren Arbeitsaufwand und damit einem höheren Personalbedarf verbunden. Da Dienstleistungen vor Ort sehr personalintensiv sind, darf hier nicht weiter gekürzt werden - *wie gerade durch*

235 *den SPD-Senat nach dem Rasenmäherprinzip geschehen*. Stattdessen müssen die in der Bezirksverwaltungsreform 2006 angestoßene Entflechtung von Kompetenzen, die stärkere Nutzung digitaler Kommunikation und moderne Verwaltungsformen dafür sorgen, dass die Verwaltung ihre Ressourcen stärker als bisher als Dienstleister auf Augenhöhe mit den Menschen nutzen kann.

240

Politische Teilhabe für Alle

Viele Bevölkerungsgruppen sind in der Politik unterrepräsentiert oder können ihre Interessen oft nicht oder nicht so effizient wahrnehmen wie andere Bevölkerungsgruppen.

245 Wir setzen uns für eine starke und konkrete Teilhabe dieser Menschen ein. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit des Senior_innenbeirats im Bezirk. Aber auch weitere Bevölkerungsgruppen müssen stärker beteiligt werden:

- 250 • Kinder und Jugendliche: Die geltenden Bestimmungen des § 33 Bezirksverwaltungsgesetz („Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“) müssen endlich auch in Harburg vollständig umgesetzt werden. Die GRÜNEN sind die Mitmachpartei für jung und alt. Nachdem wir erfolgreich das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben, müssen wir auch nach den Wahlen die „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ herstellen, erhalten und stärken. Positive Erfahrungen aus anderen 255 Bezirken, Großstädten und Bundesländern wollen wir dafür in unsere Entscheidungen einfließen lassen. Dennoch gilt: Jugendparlamente beispielsweise stellen eine hohe Schwelle der Beteiligung dar und sind keine Selbstläufer. Buxtehude, Harburgs Nachbarstadt, löste sein Jugendparlament 2006 wegen zu geringer Teilnahme auf. 260 Gleichzeitig zeigt das Jugendkomitee in Mölln, wie Beteiligung wahrgenommen wird, wenn sie ernst genommen wurde. Bei einem niederschweligen, ganztägigen Jugendkongress als Einstieg in verstetigte Formen von Beteiligung sollen alle Akteure der Arbeit von und mit Jugendlichen an einen Tisch geholt werden: Ausbildungsstätten wie Schulen, Universitäten und Betriebe, Religionsgemeinschaften, Sportclubs und Jugendtreffs.
- 265 • Wir nehmen die Akteur_innen in der Arbeit von und mit Jugendlichen ernst. Das neue Wahlrecht stellt eine neue Forderung an die Bezirksversammlung: In Zukunft müssen die Interessen der Jugendlichen und Heranwachsenden in allen Belangen stärker beachtet werden. Wir GRÜNE wollen auch mit den nicht-schulischen Partner_innen vor 270 Ort kooperieren. Die Kürzungen an der Finanzierung der Jugendarbeit muss gestoppt werden.
- 275 • Der Jugendserver und harburg.aktiv bieten einen Überblick über die Angebote für Jugendliche und Heranwachsende. Wir GRÜNEN wollen darüber hinaus mehr niederschwellige Angebote für Jugendliche ermöglichen. Seien es Sport-Events auf dem Rathausplatz, Benefizläufe oder Fahrradfahrten durch die Stadt oder Konzerte und Festivals – Veranstaltungen im öffentlichen Raum müssen einfacher zu genehmigen sein. Wir wollen gemeinsam mit den Veranstalter_innen des freien Kleinkunst-Festivals „Keine Knete, trotzdem Fete“ einen verlässlichen Austragungsort 280 finden. Die Ungleichbehandlung von etablierten mehrtägigen Festen einerseits und neuen Angeboten mit hohem Engagement junger Menschen andererseits muss von der Bezirksversammlung endlich beendet werden.
- 285 • Menschen mit Migrationshintergrund und auch neue Migrant_innen sind ein unverzichtbarer und bereichernder Bestandteil der Harburger Bevölkerung. Sofern sie nicht aus EU-Mitgliedsstaaten kommen, sind sie jedoch von politischer Teilhabe größtenteils ausgeschlossen. Daher fordern wir ein kommunales Wahlrecht für ALLE Menschen ab 16 Jahren, die dauerhaft in Harburg leben.
- 290 • Auch Menschen mit Behinderung, Seh-, Geh- oder Hörbeeinträchtigte brauchen stärkere Beteiligungsrechte in Ausschüssen der Bezirksversammlung. Hierfür wollen

- 295 wir für Initiativen und Betroffenenengruppen ein Rederecht in den entsprechenden Ausschüssen sicherstellen. Das Fachwissen dieser Menschen über Barrierefreiheit im Alltag ist ein ungehobener Schatz, der auch ansonsten fitten Menschen sehr zugute kommt. Spätestens beim Transport sperriger Lasten oder bei einer Erkrankung profitieren auch Menschen von Barrierefreiheit, die ansonsten ohne Handicap leben.
- 300 • Wir fordern und fördern eine Anerkennungs- und Willkommenskultur. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Wir GRÜNE unterstützen die Dachkampagne „Wir sind Hamburg – bist Du dabei?“, die es zum Ziel hat, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung auf mindestens 20 % anzuheben. Zudem werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Erfüllung der Schwerbehindertenquote und diskriminierungsfreie Stellenvergaben in der Bezirksverwaltung legen.
 - 305 • Wir unterstützen eine kontinuierliche Überprüfung der Umsetzung der Teilhabe für alle im Bezirk. Wir GRÜNEN wollen besonders bürgerliches Engagement und Initiativen stärken, die für Integration, Aufklärung und Verständnis sowie gegen Diskriminierung und rechtsextreme Tendenzen kämpfen. Für uns ist jeder Mensch im Bezirk gleich wichtig und wertvoll.
 - 310 • Die Integrationsarbeit im Bezirk Harburg basiert auf dem „Harburger Integrationskonzept – Zusammenarbeit in Eigenverantwortung“. Wir waren als GRÜNE an der Erarbeitung dieses Konzepts maßgeblich beteiligt und haben es 2011 mit verabschiedet. In unserer weiteren Arbeit geht es darum, die Zielsetzungen und Maßnahmen dieses Konzepts im Bezirk umzusetzen.
 - 315 • Es soll auch für alle Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bestehen, über niedrigschwellige und unkomplizierte Wege, die eigenen Interessen und Anliegen auf Bezirksebene einzubringen. Hierzu unterstützen wir insbesondere die Forderung des Harburger Integrationskonzepts nach dem Aufbau eines „Gremiums Integration“, welches u. a. aus Migrant_innenvertreter_innen, wichtigen sozialen Trägern und aus Vertreter_innen der Bezirkspolitik und der Bezirksverwaltung besteht.
 - 320 • Wir unterstützen auch die Einrichtung einer ständigen bezirklichen Integrationskonferenz und eines von ihr zu wählenden Integrationsrats als politische Interessenvertretung.
 - 325

Vielfalt als Chance

330 Wir GRÜNEN sehen die gesellschaftliche Vielfalt im Bezirk als große Chance und nicht als Bedrohung. Daher wollen wir diese bewusst fördern und zu einem Motor für Integration und friedliches Miteinander weiterentwickeln. Dabei geht es neben Fragen einer besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere darum, Anerkennung, Wertschätzung, Verständnis und Chancengleichheit für alle gesellschaftlichen Gruppen zu erlangen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist für uns ebenso selbstverständlich

335 wie die Einbeziehung von älteren und jungen Menschen, von Menschen mit Behinderung, anderer sexueller Orientierung oder anderem religiösem Hintergrund. In und um Harburg wollen wir eine größere Teilhabe und Mitsprache sowie ein offenes Miteinander fördern. Ziel ist es, Vielfalt als Chance für eine offene Gesellschaft zu verstehen, in der alle Menschen erst einmal vorurteilsfrei auf ihre Mitmenschen zugehen.

340 Unter Integration verstehen wir GRÜNE keine „Anpassung“, sondern die chancengleiche
Teilhabe und kulturelle Bereicherung von Migrant_innen an allen gesellschaftlichen
Bereichen auf der Basis gemeinsamer Werte. Menschen mit Migrationshintergrund haben
es im Schnitt noch immer deutlich schwerer, sich in unserer Gesellschaft zu behaupten.
Integrationspolitik muss daher gezielt auf den Abbau struktureller Ungleichheit hinwirken.
345 Dafür gilt es, gleiche Chancen für alle zu schaffen. Eine Schlüsselfunktion kommt hier dem
Bildungs- und Ausbildungssystem zu. Daher möchten wir

- die aktive Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Diskurs vom möglichst vielen
Harburger_innen mit Migrationshintergrund fördern, interkulturelle Treffpunkte
350 schaffen,
• Migrant_innen sowie Migrantenselbstorganisationen (MSOs) Gehör verschaffen.
- Wir fordern und unterstützen die Fortführung der bisher erfolgreich durchgeführten
Interkulturellen Meile auf dem Harburger Rathausplatz. Sie bietet durch
355 Informationsstände der verschiedenen Träger aus dem Bezirk ideale Möglichkeiten, für
Begegnungen und den interkulturellen Austausch.
- Wir wollen die Weiterführung des Projekts „Mit Migranten Für Migranten“ (kurz: MiMi)
auch in Harburg. Dabei sollen Menschen mit Migrationshintergrund zu
360 Gesundheitsmediator_innen ausgebildet werden, um wiederum anderen Menschen mit
Migrationshintergrund Informationsveranstaltungen zu diversen Themen (zum Beispiel
über Vorsorgeuntersuchungen für Kinder) bieten zu können. Somit werden für die
Migrant_innen Zugänge zum deutschen Gesundheitswesen entschieden verbessert
sowie die sprachlichen und kulturellen Hürden abgebaut.
365
- Damit die Einrichtungen Eltern mit Migrationshintergrund besser erreichen können,
fördern wir GRÜNE die Erstellung von mehrsprachigen Kinderstadtteilplänen, in denen
die Essens-, Spiel-, ,Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsangebote auch in den
jeweiligen Heimatsprachen aufgeführt werden. Wir wollen neue mehrsprachige
370 Kommunikationsangebote, wie die von uns initiierte Informations-DVD zum Übergang
vom Elternhaus in die Kitas, verstärkt im Bezirk erproben.
- Der von uns initiierte Harburger Integrationspreis will Projekte fördern, ins öffentliche
Bewusstsein heben und vernetzen, die die Integration vor Ort fördern und bereichern.
375 Wir wollen diesen Preis erhalten und ausbauen.

*Anmerkung: Die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist zu wichtig, um sie in
einem einzigen thematischen Block abzuhandeln. Daher finden Sie in nahezu allen
Kapiteln immer wieder Punkte zu diesem Thema...*

380 **Lebenserfahrung nutzen**

Senior_innen werden in der politischen Wahrnehmung oft nur mit Themenfeldern wie
Barrierefreiheit oder öffentlicher Sicherheit in Verbindung gebracht. Aber das Altern im 21.
Jahrhundert ist vielfältig und wird sich zukünftig noch entschieden bunter darstellen. Wir
schätzen bei unseren Diskussionen mit älteren Mitmenschen und Parteimitgliedern immer
385 wieder die Lebenserfahrung, oft vorhandene Gelassenheit gegenüber eigentlich
Nebensächlichem und den Blick für die Folgen jedes politischen Handelns auf die Kinder
und Enkel (wir GRÜNEN nennen das „Nachhaltigkeit“). Daher unterstützen wir besonders
das Engagement von Menschen im „Unruhestand“:

- 390
- Wir unterstützen Senior_innentreffs im Bezirk Harburg und fordern bei ortsnahe Bedarf auch weitere offene Angebote für Ältere.
 - Wenn Menschen ihr aktives Berufsleben abgeschlossen haben und einen Teil ihrer Zeit zur Verfügung stellen möchten, wollen wir das aktiv fördern.
- 395
- Wir unterstützen und fördern Wohnangebote in Harburg für Demenzkranke sowie Mehrgenerationenhäuser in Harburg
- 400
- Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass barrierefreie Quartiersgestaltung, Begegnungs-, Aufenthalts- und Freiräume für alle Generationen und Kulturen sowie gemeinschaftliche Wohnformen (Wohn- und Hausgemeinschaften) konzipiert und erweitert werden.

405 **Geschlechterpolitik und Gleichberechtigung**

Der Einfluss und die Verantwortung von allen Geschlechtern muss in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt sein. Mit der Frauenquote und der Mindestparität macht es unsere Partei seit Jahren vor: Frauen sind bei uns GRÜNEN längst erfolgreich in allen Ebenen etabliert. Eben so wenig wie das Geschlecht spielen bei uns Alter, Migrationshintergrund oder sexuelle Orientierung in der alltäglichen Praxis eine Rolle. In diesem Sinne fordern wir:

- 410
- Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten im Bezirksamt soll wesentlich gestärkt werden. Hier können alle Menschen Rat und Unterstützung bekommen, wenn sie im Beruf aufgrund ihres Geschlechts, Alters, ihrer Herkunft oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden.
- 415
- Erfolgreiche Frauenprojekte im Stadtteil, wie das Frauenkulturhaus, Frauenhäuser oder Beratungsstellen für misshandelte Frauen oder andere müssen erhalten bleiben oder, falls noch nicht vorhanden, gegründet werden und mit den entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Diese Projekte müssen dauerhaft von Frauen für Frauen ausgestaltet und geleitet werden.
- 420

Rechtsextremismus

Wir GRÜNEN in Harburg sprechen uns gegen jede Form von rechtsextremem Denken, gegen Rassismus und Chauvinismus aus. Wir unterstützen angesichts der rechtsextremen Umtriebe im Landkreis das Harburger Bündnis gegen Rechts und alle Initiativen die sich rechtsextremem Gedankengut in den Weg stellen. Vielfalt, Chancengleichheit und universelle Grundrechte gilt es zu verteidigen. Wir begreifen dabei Rechtsextremismus nicht nur als ein Phänomen am rechten Rand der Gesellschaft, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem, dem man auf allen Ebenen entschieden begegnen muss.

425

430

Umwelt und Natur

Nachhaltige Entwicklung im Bezirk: Umwelt, Ressourcen und Klima schützen

435

440 Vor über 20 Jahren entwickelte sich der Nachhaltigkeitsbegriff zum zentralen Leitbild
zukunftsfähiger Entwicklung. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und
Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde von 178 Staaten mit der Agenda 21 ein
Aktionsprogramm für eine zukunftsfähige nachhaltige Gestaltung des 21. Jahrhunderts
unterzeichnet. Die Kernaussage ist: Zukünftige Generationen sollen dieselben Chancen
auf ein erfülltes Leben haben wie wir. Gleichzeitig müssen Entwicklungsmöglichkeiten für
alle Menschen auf der Erde fair verteilt werden.

445 Viele der globalen Probleme lassen sich auf der örtlichen Ebene angehen, deshalb ist jede
Kommune aufgerufen, eine eigene lokale Agenda 21 zu gestalten. Kernthemen sind hier
u.a. die lokale Umsetzung von Natur- und Umweltschutz, ein aktiver Beitrag zum
Klimaschutz und ein sorgsamer, nachhaltiger Umgang mit den vorhandenen Ressourcen.
In diesem Sinne fordern wir ein starkes Nachhaltigkeitsnetzwerk für Harburg:

- 450 • Wir unterstützen die Arbeit und die Weiterentwicklung des Nachhaltigkeits-Netzwerks
HARBURG21. Ziel des Netzwerks ist es, Bürger_innen auf lokaler und globaler Ebene
für die komplexen Zusammenhänge von Klima und Umwelt, tragfähiger Wirtschaft und
sozialer Gerechtigkeit zu sensibilisieren und zu nachhaltigem Handeln anzuregen.
455 Gleichzeitig geht es uns darum, die Bildung von Netzwerken für eine zukunftsfähige
Entwicklung von Harburg und seiner Umgebung zu fördern.
- Um eine kontinuierliche erfolgreiche Arbeit von HARBURG21 zu gewährleisten, fordern
wir die Einrichtung einer festen Planstelle für das Agendabüro.
- 460 • Der von uns initiierte Harburger Nachhaltigkeitspreis will Projekte fördern, ins
öffentliche Bewusstsein heben und vernetzen, die die nachhaltige Entwicklung im
Sinne der Agenda 21 in unserem Bezirk gestalten und bereichern. Wir wollen diesen
Preis erhalten und ausbauen.
- 465 • Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Gesichtspunkt, der Forschung, Lehre und das Leben an
der TUHH prägt. Wir wollen die Vernetzung im Bezirk mit diesen vielfältigen Aktivitäten
der Universität pflegen und ausbauen.

470 **Ja zur Energiewende – Nein zum Fracking**

- 475 • In Deutschland werden zur Zeit zahlreiche Erlaubnisse zur Aufsuchung sogenannter
unkonventioneller Erdgas- und Erdölvorkommen vergeben. Um das im Gestein
gebundene Erdgas und Erdöl zu fördern, wird das Verfahren des Hydraulic Fracturing
(„Fracking“) angewandt. Hierzu wird u. a. eine mit Gefahrstoffen versetzte Flüssigkeit
mit hohem Druck in die Tiefe gepresst, um künstliche Risse zu erzeugen und danach
als belastetes „Produktionswasser“ wieder abgepumpt. Wir sehen diese Technologie
als Risikotechnologie an, deren Folgen für Mensch und Umwelt nicht einzuschätzen
480 sind. Fracking hat bereits in der Vergangenheit in Deutschland durch Erschütterungen
und leichte Erdbeben zu Gebäudeschäden und zu Trinkwasserverunreinigungen
geführt. Daher lehnen wir Fracking und deren Aufsuchungsgenehmigungen im Bezirk
und den angrenzenden Gebieten strikt ab. Das Gleiche gilt für das Verpressen des mit
Gefahrstoffen belasteten radioaktiven Produktionswassers in alte Bohrlöcher.
- 485 • Gleichzeitig unterstützen wir Menschen vor Ort in ihren Initiativen gegen das Fracking.
- Wir fordern die Energiewende zu einer nachhaltigen Energieversorgung in den

Bereichen Elektrizität, Wärme und Mobilität. Wir wollen hierfür die Verwendung und Entwicklung erneuerbarer Energien in Harburg fördern.

- 490
- Als GRÜNE stehen wir zum von uns in der Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg. Bis zur Stilllegung und während des Rückbaus aller Anlagen wird weiterhin radioaktiver Müll in Castor-Transporten bewegt – auch in Harburg. Wir lehnen es aber ab, dass Castoren mit radioaktivem Material ausgerechnet durch Großstädte rollen.
- 495
- Wir setzen uns für die Luftreinhaltung im Bezirk ein. Insbesondere fordern wir eine konsequente Umsetzung der EU-Richtlinien zur Verminderung der Schadstoffemissionen (z. B. Stickoxid-(No_x-)Belastungen), die Einrichtung eines aussagekräftigen Luftmessnetzes im Bezirk und die Entwicklung von Strategien zur Schadstoffverringerung.
- 500
- Wir wollen den sorgsamem Umgang mit den Ressourcen fördern. Vorteile des Recycling, der Kreislaufwirtschaft („Cradle-to-Cradle-Prinzip“) und des „ökologischen Fußabdrucks“ sollen stärker im Bewusstsein der Bürger_innen verankert werden.
- 505
- Schwerpunktmäßig geht es dabei darum, Abfallvermeidung und Abfalltrennung im Bezirk besser umzusetzen; insbesondere ist die Biomüllnutzung zu verbessern.

Mehr Grün in die Stadt, mehr Stadt an die Elbe

- 510
- Je dichter ein Stadtgebiet wird, desto wichtiger sind die bauliche Qualität sowie gut gestaltete und öffentliche Plätze und Grünflächen für alle. Der zweite grüne Ring als Grünanlagengürtel rund um Harburg ist ein seit langem beschlossenes Konzept des Vorgängersensats, das der jetzige Senat allerdings ignoriert. Wir wollen, dass gerade in den dicht bebauten Bereichen wie in Wilstorf endlich die Planungen umgesetzt werden.
- 515
- Dazu gehört die Anlage einer öffentlichen Grünfläche gegenüber dem Busbetriebshof an der Winsener Straße und die Wiedererrichtung der Wasmerstraßenbrücke für Fußgänger_innen und Radfahrende.
- Die geplante Zerstörung der Biotope im zweiten grünen Ring zwischen Moorburg und Bostelbek lehnen wir ab. Zur Hafenuerspanne sind umweltverträgliche Alternativen zu suchen, zum Beispiel durch Ausbau bestehender Stadtstraßen über die vorhandene Kattwykbrücke.
- 520
- Wenn aber die Inanspruchnahme ökologisch wertvoller Flächen für Bebauung oder Verkehr unvermeidlich ist, müssen diese Eingriffe ökologisch ausgeglichen werden - aber nicht viele Kilometer entfernt, sondern möglichst im Bezirk Harburg, z. B. im Talraum der Alten Süderelbe.
- 525

Nachhaltiger Ausbau von Lebens- und Erholungsräumen für Mensch und Natur im Bezirk

530

Wir unterstützen die Kernforderungen des NABU zu den Bezirksversammlungenwahlen im Mai 2014. Insbesondere fordern wir:

- 535
- Eine Sicherung und Förderung von Lebens- und Erholungsräumen für Mensch und Natur. Gewässer und Grünbereiche wie Parkanlagen, Gebüsche, Brachflächen und Spontanvegetation im öffentlichen Grün sind wichtige Lebensräume für Tiere und

540 Pflanzen. Sie dienen dem Erhalt der Artenvielfalt und gleichzeitig als Erholungs- und Erlebnisraum für Menschen. Auch tragen sie dazu bei, dass ein erträgliches Stadtklima erhalten bleibt.

545 • Um einen guten Pflegezustand für Naturschutzgebiete sicherzustellen, sind Pflege- und Entwicklungspläne (PEP) aufzustellen bzw. fortzuschreiben und die erforderlichen Mittel zur Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

• Wälder (Parkwälder) müssen vorrangig dem Naturschutz und der Naherholung dienen, forstwirtschaftliche Ziele sind da zweitrangig. Ziel ist die naturnahe Waldbewirtschaftung auf allen Flächen.

550 • Der Naturschutz- und der Grünbereich sind im Bezirk generell unterfinanziert. Wir fordern zusätzliche Sachmittel und zusätzliches qualifiziertes Personal. Unser Ziel ist die Herstellung einer effektiven, einheitlichen und damit durchsetzungsstarken Grün- und Naturschutzverwaltung. Behördliche und ehrenamtliche Ressourcen sollen hierbei vernetzt werden.

555 • Wir Grünen fordern die Einrichtung und rechtverbindliche Sicherung eines Lebensraumkorridors für Tiere und Pflanzen entlang der Alten Süderelbe, der die Naturschutzgebiete Westerweiden / Finkenwerder Süderelbe und Moorgürtel miteinander verbindet.

560 • Wir unterstützen Initiativen des Aktionsbündnisses „Lebendige Tideelbe“ gegen die Elbvertiefung. Der Eingriff in die Natur wäre massiv, die wirtschaftliche Notwendigkeit ist keinesfalls belegt.

565 • Wir unterstützen die Renaturierung der Este als Schutz gegen Hochwasser.

• Cranz und Teile von Neuenfelde sind durch Sturmfluten der Elbe und Binnenhochwässer der Este bedroht. In Risikokarten der BSU sind bereits Szenarien für Überschwemmungsgebiete ausgewiesen worden.

570 Hochwasserrisiken steigen durch Klimaveränderungen mit Erhöhung des Meeresspiegels, höhere Fluten, häufigere Starkregenfälle und durch die Versiegelung der Landschaft im oberen Estelauf und den geplanten Bau von Deichen und Spundwänden in Buxtehude. Nicht immer höhere Deiche sind die Lösung, sondern Renaturierungsmaßnahmen im Verlauf der Este, um dem Fluss mehr Raum zu geben.

575 Hamburg muss gemeinsam mit den niedersächsischen Landkreisen einen Unterhaltungsverband Este gründen, um einen nachhaltigen Hochwasserschutz für alle Esteanlieger_innen zu schaffen. Nur so ist ein Hochwasserschutz für zukünftige Generationen zu wahren.

580 **Nachhaltige Stadtentwicklung**

Vorrang für die Innenentwicklung

585 Unser städtebauliches Leitbild ist die kompakte Stadt der kurzen Wege. So können Wohnungen mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen werden, so wird Energie- und Landschaftsverbrauch und unnötiger Autoverkehr minimiert.

• Die Flächen in Harburg sind knapp: Landschaftsschutzgebiete, Wald, Moorgürtel und

590 andere Biotope setzen der baulichen Entwicklung enge Grenzen, müssen aus Sicht der GRÜNEN aber als Lebens- und Erholungsräume für Mensch und Natur gesichert werden und sind daher für eine Bebauung tabu. Auch Obstbau und Hafenschränken die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten ein.

595 • Bauliche Entwicklungen „auf der grünen Wiese“ sollen nur noch im Ausnahmefall möglich sein, in Landschaftsschutzgebieten oder im Wald gar nicht. Das Appelbütteler Tal in Marmstorf muss beispielsweise für eine Bebauung tabu sein. Neue Wohnungen und gewerbliche Anlagen sollen vorrangig auf Brachflächen entstehen, wo Industrie, Hafenswirtschaft, Bahn oder Bundeswehr die Flächen aufgegeben haben – wie im Binnenhafen oder der Röttiger-Kaserne in Neugraben-Fischbek.

600 • Der Bezirk muss systematisch erarbeiten, welche Flächen aus ökologischen und stadtklimatischen Gründen von einer Bebauung ausgeschlossen sind und auf welchen Flächen in Harburg Wohnungs- und Gewerbebau noch Vorrang haben können. Die Einschränkung der Bebauung und Versiegelung von Freiflächen sowie der Schutz bestehender Grünflächen geschieht durch ein intelligentes innerstädtisches Flächenrecycling und die Ausrichtung der Stadtplanung am Leitbild der „doppelten Innenentwicklung“: Bei behutsamer innerstädtischer Verdichtung wird gleichzeitig die Qualität der naturbelassenen Grünflächen erhalten oder verbessert.

610

Hamburg braucht neue Wohnungen – auch in Harburg

Die Einwohner_innenzahl Hamburgs wächst, also müssen neue Wohnungen gebaut werden. Neue Wohngebiete wollen wir gemischt entwickeln: keine reinen Einfamilienhausgebiete und keine Großsiedlungen mehr, sondern eine gesunde Mischung aus Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und höheren Wohnbauten. Mit wohnungsnaher Versorgung, gut erreichbaren Kindergärten, Schulen und Grünanlagen, wo es geht auch mit wohnverträglichem (Klein-)Gewerbe. Je dichter ein Gebiet bebaut wird, desto höher müssen die Anforderungen an die Qualität der Architektur sein. Mit den großen Baugebieten Elbmosaik und Röttiger-Kaserne in Süderelbe und dem Binnenhafen in Harburg sind wir auf dem richtigen Weg.

625 • Auch in bereits bebauten Bereichen können Flächen oft besser genutzt werden. Diese Innenentwicklung führt aber oft zu Konflikten. Sie muss auf bestehende Nachbarschaften, auf vorhandene Bebauung, auf Bäume und Biotope Rücksicht nehmen. Leider gibt es hier kein Patentrezept: Wir müssen im Einzelfall nicht nur zwischen den berechtigten Interessen der Nachbarschaft und der Investor_innen abwägen. Gerade die Bezirksversammlung muss auch die Interessen der Wohnungssuchenden berücksichtigen, die sich nicht in Bürgerinitiativen vor Ort organisieren können. Wir verfolgen daher das Ziel einer „behutsamen Nachverdichtung“.

635 • Wir wollen die soziale Durchmischung fördern und soziale Brennpunkte vermeiden. Öffentlich geförderte, mietpreisgebundene Wohnungen sollen vorrangig in den Stadtteilen entstehen, wo es heute zu wenig preisgünstigen Wohnraum gibt. In Quartieren mit hohem Anteil von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen – wie in der Harburger Innenstadt – ist uns hochwertiger Wohnraum daher besonders willkommen.

640 • Bei der Überplanung bisher öffentlich genutzter Flächen wie z. B. nicht mehr genutzter

Schulstandorte sind die vorhandenen Einrichtungen für die Freizeitnutzung (z. B. Spielplätze, Turn-/Sporthallen und -plätze) zu erhalten oder mindestens gleichwertig neu zu schaffen.

- 645 • Der weitere Verfall der Häuser an der Hasselwerder Straße in Neuenfelde konnte endlich gestoppt werden. Nicht mehr wirtschaftlich zu sanierende Häuser sollen abgebrochen werden. Nur wo es sich wirtschaftlich lohnt, wird saniert. Wir wollen jedoch, dass darüber hinaus auch einige das Ortsbild prägende Häuser saniert werden, trotz ihres inzwischen schlechten Zustands. Dort wo abgebrochen werden muss, sollen neue Mietwohnungen entstehen. Dazu brauchen wir ein integriertes
- 650 Entwicklungskonzept, damit dieser Teil von Neuenfelde wieder ein lebendiges Dorf für unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen wird.
- 655 • Baugemeinschaften ermöglichen kostengünstigen Wohnungsbau und selbstbestimmtes Wohnen auch ohne flächenfressenden Einfamilienhausbau. Deshalb wollen wir diese besonders fördern, beispielsweise durch eine bevorzugte Vergabe städtischer Wohnungsbaugrundstücke für diese Baugemeinschaften.
- 660 • Mehrgenerationenhäuser und inklusive Wohngemeinschaften sind gelungene Beispiele dafür, wie Menschen – jung und alt, mit und ohne Beeinträchtigung – Tag für Tag voneinander lernen und einander helfen können. Deshalb möchten wir solche Wohnformen fördern.

Für eine klima- und sozial gerechte Gebäudemodernisierung

- 665 Bei der Diskussion der Energiewende wird oft übersehen, dass die Kosten der Haushalte für die Wärmeversorgung absolut gesehen deutlich höher liegen als die (übrigen) Stromkosten. Gleichzeitig sind diese Heizkosten proportional deutlich stärker angestiegen als der Strompreis und sogar noch stärker als die Kaltmieten. Daher ist die energetische
- 670 Modernisierung von Gebäuden nicht nur sinnvoll, um die Klimaschutzziele zu erreichen, sondern auch um die Steigerung der Mietnebenkosten bzw. der Heizkosten für Wohnungseigentümer_innen spürbar zu dämpfen. Darüber hinaus werden durch die energetische Modernisierung lokale Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen und gesichert. Daher soll die Bezirksverwaltung Bau- und Modernisierungswillige über qualifizierte
- 675 Energieberatungsangebote – zum Beispiel im Harburger Aus- und Weiterbildungszentrum „Elbcampus“ der Handwerkskammer - informieren. Hierbei soll auch auf die Verwendung nachhaltiger Dämmstoffe, den Verzicht auf Biozide in Putzsystemen und Fassaden-Anstrichen und auf Förderprogramme hingewiesen werden. Mit diesen Programmen kann eine Modernisierungsumlage für Mieter_innen nach Modernisierungen deutlich gedämpft
- 680 werden. Nicht nur im Neubau, sondern auch der Modernisierung soll rund ein Drittel der Wohnungen mit Mietpreisbindung realisiert werden.
- 685 • Wo der Bezirk selbst bauen und modernisieren lässt soll das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ (BNB) des Bundes angewendet werden und bei Neubau und wesentlichen Modernisierungen mindestens der Silberstandard erreicht werden. Dieses System hilft auch, die Betriebs- und Energiekosten sowie die Umweltbelastungen durch Schadstoffemissionen über die gesamte Nutzungsdauer von Gebäuden zu optimieren.
 - 690 • Um als Vorbild voranzugehen, soll der Bezirk darüber hinaus für seine angemieteten Gebäude eine/n Klimaschutzbeauftragte/n benennen sowie ein Energiemanagementsystem einführen.

695 • Eine Auskoppelung von Fernwärme aus dem Kraftwerk Moorburg nach Harburg muss verhindert werden, da diese durch die Kohlefeuerung des Kraftwerks mit erheblichen CO₂-Emissionen zu Lasten des Klimas verbunden ist. Statt dessen soll die Wärmeversorgung, wo immer möglich, durch regenerative Energien oder gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken (BHKW) erzeugt werden.

700 • Der Bezirk soll zur Unterstützung der Wohnungswirtschaft und der Klimaschutzziele mindestens ein durch Bundesmittel (KfW) gefördertes Projekt zur Energetischen Quartierssanierung in Harburg etablieren.

705 **Lebendige Zentren Harburg und Neugraben: Da geht noch was**

Wir wollen, dass möglichst viele Harburger_innen ihr Nahversorgungszentrum (Supermarkt, Bäcker_in, Kiosk, Arztpraxen etc.) zu Fuß erreichen können. Dies geht nur, wenn wir diese Nahversorgungszentren schützen, auch vor Konkurrenz durch

710 Vollversorger und Discounter an Ausfallstraßen und in Gewerbegebieten.

Die Stadtzentren von Harburg und Neugraben müssen wieder attraktiv werden, als lebendige Mittelpunkte des Bezirks und des Umlands, nicht nur zum Einkaufen, sondern auch zum Wohnen, zum abendlichen Kneipenbummel und als Zentren der Kultur.

715 *In Harburg...*

• Das Harburger Zentrum muss seine Funktion als Oberzentrum für den Bezirk und das südliche Umland wieder zurückerobern. Es bedarf vor allem gemeinsamer

720 Anstrengungen der Grundeigentümer_innen in der Innenstadt, wozu das BID Lüneburger Straße und die BID-Initiative am Sand eine gute Grundlage bieten. Wir wollen privates Engagement mit öffentlichen Investitionen unterstützen – wie bereits im Gloriatunnel erfolgt. Und auch das City-Management soll weiter aus Mitteln der Bezirksversammlung unterstützt werden.

725 • Der Herbert-Wehner-Platz und der Sand sollen attraktiver gestaltet werden, wenn auch in die angrenzende Immobilien im Privatbesitz investiert wird.

730 • Die Innenstadt ist nicht nur Stätte des Einkaufs. Wir wollen mehr Wohnungen in der Innenstadt und mehr gastronomische und kulturelle Angebote. Insbesondere das Quartier rund um die Straße Schippsee (hinter Karstadt Harburg) bietet noch Chancen zur Belebung, zum Beispiel durch zusätzliche Wohnungen auf oder an Stelle von leerstehenden Parkhäusern.

735 • Die nicht mehr benötigten denkmalgeschützten Hallen des Phoenix-Werks hinter der Sammlung Falckenberg wollen wir für Kunst und Kultur entwickeln und durch dieses Quartier eine neue interessante Fußwegverbindung zwischen Bahnhof und Phoenixviertel schaffen.

740 *...und in Neugraben*

• Mit öffentlichen Geldern aus der integrierten Stadtteilentwicklung sind erste Maßnahmen erfolgt, um den Kern Neugrabens attraktiver zu gestalten. Nun muss die

745 Neugestaltung des Marktplatzes folgen, am besten mit einer ergänzenden Bebauung im Westen, damit der Markt als städtischer Platz stärker zur Geltung kommt.

- Der heute unübersichtlich verbaute Bahnhofsvorplatz muss ein übersichtlicher und attraktiver Eingang ins Neugrabener Zentrum werden, und auch Ortsfremde müssen ihren Bus finden können. Eine Finanzierung gelingt, wenn auch die Hochbahn sich endlich an den nötigen Umbaumaßnahmen beteiligt. Dafür werden wir uns einsetzen.
- Von entscheidender Bedeutung für Neugraben ist eine angenehme, barrierefreie und sichere Verbindung vom Elbmosaik über den Bahnhof zur Marktpassage. Die Fußgänger_innenbrücke ist nicht schön, aber für Kinder der sicherste Übergang über die B73. Wir wollen sie erhalten, schöner gestalten und unnötige Treppen und Rampen, die niemand benutzt und die den Raum unter der Brücke verdunkeln, abbrechen. So kann auch der ebenerdige Zugang vom südlichen Zentrum zum Busbahnhof besser gestaltet werden. Zusätzlich zu den Rampen und Treppen braucht der Bahnhofsbereich drei neue Fahrstühle: Einen auf der Nordseite am P+R-Haus hat die schwarz-grüne Koalition noch auf den Weg gebracht, er wird in Kürze gebaut. Für einen Aufzug von der Brücke auf den Mittelbahnsteig und einen weiteren auf der Busbahnhofsseite werden wir weiter bei der Deutschen Bahn und beim Senat kämpfen.

765 **Universitätsstadt Harburg**

765 Besonders fördern wollen wir den Wohnungsbau für Studierende und Auszubildende. Die Stadtteile rund um die Technische Universität - Heimfeld, Eißendorf und die Innenstadt – sollen für alle jungen Menschen in Ausbildung, nicht nur für die der TUHH, attraktiv sein. Harburg soll sich auch als junge, attraktive Universitätsstadt verstehen.

- 770 Jahrzehntlang hat sich die TUHH baulich gegen die Stadt abgeschottet und sich hinter Bäumen und Kasernen versteckt - als Campus-Uni mitten in der Stadt. Mit dem Umbau der Kaserne zum neuen Uni-Hauptgebäude hat sich die Universität erstmals zur Stadt geöffnet. Die Pläne eines Cafés für Studierende sowie Bürger_innen im ehemaligen Gesundheitsamt Am Irrgarten begrüßen wir. Die Vernetzung von Hochschule und Harburg wollen wir fördern, nicht nur im Dialog mit dem TU-Präsidium, sondern auch mit Studierenden und Mitarbeiter_innen.
- 780 Durch die gezielte Wohnraumförderung für Studierende und Auszubildende im Bezirk wird auch die Nachfrage nach preiswerten kulturellen und sozialen Angeboten wie Cafés, Kneipen und kulturellen Einrichtungen gestärkt. Studierende werden dann nicht mehr in die Viertel nördlich der Elbe drängen, sondern sich auch in Harburg wohlfühlen können. Neue TU-Institute sollten daher auch im Binnenhafen oder der Harburger Innenstadt angesiedelt werden.
- 785 Jan-Philipp Albrecht setzt sich als norddeutscher grüner Abgeordneter im Europäischen Parlament in Straßburg für besseren Datenschutz ein, die GRÜNE Fraktion im Bundestag will die Störerhaftung abschaffen – diese Impulse wollen wir auf der Bezirksebene umsetzen und fordern freie Netze für Harburg! Der Zugang zum Internet wird immer wichtiger. Wir GRÜNE wollen einen freien Zugang zu globalen Netzwerken ermöglichen. Bereits verhandelte Pauschalpakete zur Versorgung mit öffentlicher drahtloser Internetverbindung müssen kritisch begleitet werden. Vor einer Verlängerung wollen wir als GRÜNE in der Bezirksversammlung eine Expertenanhörung mit Vertreter_innen der Netzgemeinde stattfinden lassen. Hier soll 790 transparent, zukunftsgerichtet und mit den Bürger_innen die öffentliche Förderung von 795

freien Netzwerken diskutiert werden.

Wissensbasiertes Gewerbe ist Harburgs Zukunft

800 Produzierendes Gewerbe hat in Harburg seit Jahrhunderten größere Bedeutung als der
Handel. Die Vergangenheit war Gummi, Fett und Öl, die Zukunft gehört eher dem
wissensbasierten Gewerbe, insbesondere in den Bereichen Luftfahrt- und
Fahrzeugindustrie, der maritimen Wirtschaft und den Umwelttechnologien. Die Technische
805 Universität – seit 2013 eine von zwölf deutschen Gründer_innenhochschulen – ist dabei
ein wichtiger Kristallisationspunkt. Technologieparks haben in Harburg bessere Chancen
als anderswo in Hamburg und sind mit dem hit-Technopark in Bostelbek als dem bisher
einzigsten Technologiepark in Hamburg schon erfolgreich. Für das in Hamburg bestehende
Potenzial ist dieser aber bei weitem noch nicht ausreichend präsent. Diese Stärken
810 Harburgs kommen in der Senatspolitik zu kurz. So neigten bisher unterschiedliche Senate
dazu, in Harburg alles das abzuladen, was viel Platz braucht und wenig Arbeitsplätze
bringt - wie Lagerhallen, Öltanks oder Schlickberge. Wir wollen dagegen mit konsequenter
Technologieorientierung die Harburger Stärken herausstellen, aber auch
Handwerksbetriebe und arbeitsplatzintensive Logistikbetriebe fördern und vorhandene
Industrien am Standort sichern.

815

Industrie- und Gewerbeflächen sind nicht beliebig erweiterbar

Die knappen Entwicklungsflächen müssen wir optimal nutzen. Das gilt vor allem für Hafен-
und Gewerbeflächen. Über die bereits beschlossenen Industriegebiete wie in Neuland
820 hinaus sollen in Harburg keine weiteren größeren Industrie- und Gewerbegebiete
ausgewiesen werden. Dies ist auch unnötig, denn für weitere Logistikflächen ist im Hafen
genug Platz: Die ganze Kattwyk-Halbinsel ist heute ein einziger Parkplatz. Im Gegenzug
für die Logistikentwicklung an der Autobahnauffahrt Harburg in Neuland haben die Grünen
durchgesetzt, dass Gut Moor dauerhaft als ökologische Ausgleichsfläche entwickelt wird.

825

Die von der Wirtschaftsbehörde gewünschte Logistikfläche im Westen von Fischbek
lehnen wir ab. Die Lkw nach Fischbek müssten Tag und Nacht entweder durch den
Ortskern von Neugraben oder den von Neu Wulmstorf fahren. Zurzeit sehen wir für diese
Fläche keinen akuten Handlungsbedarf. Auch spätere Generationen werden noch
830 Reserveflächen für den Wohnungsbau, für standortbezogenes Gewerbe, neue Grünzüge
und ökologischen Ausgleich brauchen.

Binnenhafen - Vom Schrotthafen zum urbanen Stadtteil

835 Die gemischte bauliche Entwicklung und vielfältige Nutzung im Binnenhafen wollen wir
fortführen: Der Harburger Binnenhafen ist ein wegweisendes Musterbeispiel dafür, wie
Wohnungen und Ingenieur_innenbüros, Werften und Hafенbetriebe, Sporthäfen und
Gastronomie sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen sich nebeneinander in einem
Quartier entwickeln können, auch wenn dies nicht immer konfliktfrei abläuft. Diese
840 einzigartige Mischung und die Kombination alter Hafenanlagen mit modernen Bauten
machen den Charme des Binnenhafens aus.

- Hochhausprojekte werden wir kritisch begleiten und im Einzelfall abwägen, ob sie der
845 Entwicklung des Binnenhafens im Sinne einer weiteren Aufwertung des Binnenhafens
als gemischtes Entwicklungsgebiet mit Freizeitwert, ansprechender Architektur und
Kultur nutzen.

- 850 • In der letzten Legislaturperiode haben wir mit dafür gesorgt, dass bei allen neuen Bauprojekten ein öffentlich zugänglicher Weg entlang der Ufer und Kaikanten gesichert werden muss. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter beschreiten.
- 855 • Gerade der östliche Binnenhafen bietet auch in Zukunft noch viele Entwicklungsmöglichkeiten. Zwischen Neuländer Straße und Kanalplatz könnten mehr Wohnungen entstehen, wenn der Durchgangsverkehr dorthin verlegt würde, wo es ohnehin nachts laut ist: an die Bahnstrecken, auf die Hannoversche Straße, die Seevestraße und den Karnapp.
- 860 • Die Unterelbebahn und die B73 schneiden den Binnenhafen von der Innenstadt ab. Das wird sich, realistisch gesehen, mittelfristig auch nicht ändern. Wir wollen, dass die Menschen aus dem Binnenhafen zu Fuß oder mit dem Rad einfacher in die Innenstadt kommen, ohne über steile Treppen oder durch Tunnel gehen zu müssen. Deshalb haben wir eine barrierefreie Landschaftsbrücke zwischen Schellerdamm und Schippsee vorgeschlagen. Die Bezirksversammlung ist diesem Vorschlag mittlerweile gefolgt, inzwischen gibt es konkrete Entwürfe. Wir werden dafür kämpfen, dass der 865 Senat nun auch das Geld für die Realisierung bereitstellt.

Moorburg, Kohle und Hafen

870 Kaum jemand glaubt noch daran, dass der Hafen nach Moorburg erweitert werden muss, denn der Containerverkehr wird nicht mehr so wachsen wie um die Jahrtausendwende. Diese Realität zu erkennen, heißt auch, Moorburg wieder eine Chance zur Siedlungsentwicklung zu geben durch eine unbefristete Bestandsgarantie über 2035 hinaus und neuen Wohnungsbau im alten Dorf. Es wird Zeit für die überfällige Entlassung von Moorburg und Francop aus dem Hafenerweiterungsgebiet, um diese 875 Zukunftsperspektive zu ermöglichen, beispielsweise durch die Entwicklung eines Technologieparks für Umwelt- und maritime Technologien. Die Aufhebung des Hafenerweiterungsgebiets würde darüber hinaus die nachhaltige Entwicklung von Natur und Landschaft entlang der Alten Süderelbe erheblich erleichtern (s. Kap. Umwelt und Natur: Lebensraumkorridor für Tiere und Pflanzen). Für die Hafenerwicklung setzen wir 880 auf eine Kooperation der deutschen Nordseehäfen anstelle der rückständigen Kleinstaaterei in Hafenfragen.

- 885 • Es ist nicht zu akzeptieren, dass im Süden von Moorburg potenzielle Industrie- und Gewerbeflächen in bestens erschlossener Lage in unmittelbarer Nähe zur Autobahn und zum Hausbrucher Industriegebiet mit Hafenschlick vollgekippt werden sollen – nur weil dieser Standort die geringsten Schlicktransportkosten verursacht.
- 890 • Das Kraftwerk Moorburg wird die Umwelt und die Umgebung in Harburg und Wilhelmsburg mit 9 Mio. Tonnen CO₂ jährlich sowie 400 Tonnen Feinstaub und etlichen Tonnen Schwermetall belasten. Dies führt darüber hinaus zu einer erheblichen Gesundheitsbelastung der Menschen in der Region. Deshalb unterstützen wir den BUND mit seinen beiden Klagen gegen Vattenfall zur Verschärfung der Umweltauflagen.

895 **Mobilität für Alle**

Nachhaltige Mobilität: Moderne Verkehrspolitik für Harburg

900 Weniger Autoverkehr bedeutet weniger Belastung für Mensch und Umwelt. Aktuell beobachten wir eine Trendwende im Verkehr. So ist der Pkw-Besitz bei Menschen bis 34 Jahre innerhalb von acht Jahren um 10 % gesunken. Die Mobilitätsmuster verändern sich, die Rolle des Autos nimmt ab. Alternativen zum eigenen Pkw werden attraktiver. Der ADAC erwartet, dass der Anteil des Autoverkehrs in der Metropolregion Hamburg bis 2030 von derzeit 58 % auf dann nur noch 40 % zurückgehen wird. Gleichzeitig wird sich der Anteil des Radverkehrs demnach auf 25 % steigern, der Anteil von Bussen, Bahnen und Fähren am Verkehrsaufkommen wird ebenfalls stark wachsen. Dieses Szenario wird durch aktuelle Zahlen bestätigt: In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass mehr Räder auf unseren Straßen gezählt werden. Und der HVV bekommt auch wegen steigender Bevölkerungszahlen mit etwa 3 % Zuwachs jährlich immer mehr Fahrgäste. Dagegen ist seit 1990 das Aufkommen des Autoverkehrs in Hamburg innerhalb des Ring 2 um 12 % gesunken, der Schwerlastverkehr sogar um 21 %. Diesen Trend gilt es zu fördern und zu verstärken.

Mehr Mitbestimmung vor Ort für eine moderne Standort- und Verkehrspolitik

915 Wir GRÜNEN möchten, dass Hamburg bei der Verkehrsplanung bürger_innenfreundlicher wird und Anregungen aus der Bevölkerung einfacher umgesetzt werden. Die Verbesserung der Bürger_innenbeteiligung ist daher eines unserer zentralen Themen.

- 920 • Wir fördern die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog auf Augenhöhe und wollen eine frühzeitige, ehrliche und transparente Information aller Beteiligten, die es den Bürger_innen vor Ort ermöglicht, bereits in der Planungsphase erste Zielsetzungen zu formulieren. Durch ein Maßnahmenbündel von Vor-Ort-Terminen, Gesprächen mit betroffenen Bürger_innen und Initiativen, der Mitgestaltung von Bürger_innenforen, Mediationsverfahren, lokalen Agenden etc. sollen Ressourcen, Informationen und Erfahrungen vor Ort bestmöglich genutzt werden. Höhere Akzeptanz kann auch sinnvolle Verfahren beschleunigen.
- 925 • Im Interesse einer Straßenverkehrsplanung für die Harburger Bürger_innen wollen wir die bezirklichen Kompetenzen stärken. Oft werden Vorgaben und Anregungen aus den Bezirken zur Ausweisung einer Straße (beispielsweise Einbahnstraßen für den Radverkehr öffnen, Tempo-30-Zonen oder Fahrradstraßen einrichten) nicht umgesetzt, weil die Polizei, die der Innenbehörde untersteht, die Situation vor Ort anders einschätzt als Bezirksverwaltung, Gutachten, Politik und/oder Anwohner_innen und setzt die Vorgaben nicht um. Diese Blockaden wollen wir lösen: Die untere Straßenverkehrsbehörde gehört in die Bezirksverwaltung, die Aufsichtsbehörde in das Senatsamt für Verkehr, ähnlich wie alle anderen Bundesländer das auch organisieren.

940 *Mehr zum Thema „Bürger_innenbeteiligung“ können Sie auch im Abschnitt „Demokratie lebt vom Mitmachen – Bürger_innenbeteiligung stärken“ ab Seite XX lesen.*

Attraktive Busse, Bahnen und Fährverbindungen

945 Wir wollen Anreize für mehr umweltfreundliche Mobilität schaffen, damit die Menschen auf Bahn, Bus und Fahrrad umsteigen. Wir wollen einen massiven Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Bahn fahren muss Spaß machen. Überfüllte Busse und Bahnen sowie unzuverlässige Fährverbindungen sind nicht hinzunehmen. Deshalb ist eine weitere deutliche Qualitätsverbesserung hinsichtlich Service, Sicherheit und Sauberkeit beim HVV erforderlich.

- 955 • Der S-Bahnhof Neugraben und der Harburger Bahnhof müssen endlich barrierefrei werden. Gehbehinderten Menschen oder Menschen mit Kinderwagen oder Fahrrad muss der Zugang zu den Bahnsteigen leicht und ohne weite Umwege möglich sein. Zudem fordern wir eine völlige Neugestaltung des überlasteten Harburger Busbahnhofs.
- 960 • Wir setzen uns für eine weitere Taktverdichtung auf der überfüllten Linie S3/S31 ein. Die S-Bahn zwischen der Harburger Innenstadt und Neugraben soll ganztägig bis weit in die Abendstunden hinein mit maximaler Waggonzahl und mehr Wachpersonal im 5-Minutentakt verkehren.
- 965 • Mittelfristig soll die U4 über die Elbbrücken und den Harburger Binnenhafen bis nach Sinstorf fahren. Heutige Planungen sollen diese Zukunftsperspektive berücksichtigen. Entsprechende Flächen sind im Bebauungsplan freizuhalten.
- 970 • Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung der Busverbindungen im Bezirk ein. Neben der dringend erforderlichen Ausweitung der Linien entlang der Winsener Straße müssen auch die Süderelbedörfer Moorburg, Neuenfelde, Francop und Cranz und die Schlossinsel besser mit Bussen angebunden werden.
- 975 • Auch der öffentliche Verkehr ins niedersächsische Umland muss besser werden, denn hier sind noch zu viele auf das Auto angewiesen. Dazu gehören mehr Regionalzüge bis zum Hamburger Hauptbahnhof und bessere Takte für die S-Bahn nach Stade und für die Busse Richtung Seevetal und Nordheide. Wir unterstützen die Forderungen nach einer Wiederbelebung der alten Heidebahnstrecke Buchholz–Jesteburg–Maschen/Harburg für den Personenverkehr und den Ausbau weiterer bestehender Bahnstrecken wie zum Beispiel eine S-Bahn nach Lüneburg.
- 980 • Wir setzen uns für eine Taktverdichtung der in Stoßzeiten überlasteten Fährren Finkenwerder-Landungsbrücken ein. Der Fährverkehr ist nicht nur touristisch attraktiv, Hamburgs öffentlicher Fährbetrieb erfüllt eine wichtige Transportfunktion der Menschen in Cranz, Finkenwerder und Neuenfelde sowie in den angrenzenden Landkreisen im Alten Land. Gerade mit Blick auf die überlasteten und für einige Elbdörfer unattraktiven Alternativen S3 oder Elbtunnel bietet die Fähre ein schnelles Übersetzen auf die andere Elbseite.
- 985 • Die Fähre Blankenese-Cranz muss zuverlässiger werden, trotz Verschlickung der Fahrinne in Cranz. Wir wollen auf dieser Fährlinie eine uneingeschränkte und kostenlose Fahrradmitnahme und fordern die Aufnahme dieser Fährlinie auch am Wochenende in den HVV-Tarifverbund.
- 990 • Die Fähre Blankenese-Cranz muss zuverlässiger werden, trotz Verschlickung der Fahrinne in Cranz. Wir wollen auf dieser Fährlinie eine uneingeschränkte und kostenlose Fahrradmitnahme und fordern die Aufnahme dieser Fährlinie auch am Wochenende in den HVV-Tarifverbund.
- 995 • Letztlich ist eine optimale Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel unser Ziel. Das CarSharing in allen seinen Facetten (von klassisch mit festen Stellplätzen bis zu „peer-to-peer“, bei dem Privat-Pkw geteilt werden) kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wir möchten, dass die Stadt CarSharing besonders fördert und hierfür Mittel für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit bereitstellt. Auch sollen CarSharing-Betreiber die Möglichkeit bekommen, öffentliche Parkplätze exklusiv zu nutzen. Zusätzlich soll geprüft werden, wie weitere exklusive Flächen wie Busspuren für CarSharing-Angebote und Elektroautos freigegeben werden können.
- 1000

Förderung des Radverkehrs

1005 Wir GRÜNEN wollen dem Radverkehr einen kräftigen Schub geben und die Bedingungen fürs Radfahren in Harburg deutlich verbessern. Obwohl der Radverkehrsanteil hamburgweit heute ca. 12 % beträgt, gibt Hamburg bisher nicht einmal 2 % seiner Ausgaben für den Fahrradverkehr aus. So kann natürlich nicht die Infrastruktur geschaffen werden, die mehr Menschen fürs Radfahren begeistert. Wir nehmen uns an Kopenhagen ein Beispiel und wollen im Haushalt die Höhe des Radverkehrsbudgets am Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr orientieren. Damit möchten wir die folgenden Vorhaben und genügend Stellen in der Verwaltung finanzieren, die Hamburg in kurzer Zeit deutlich spürbar fahrradfreundlicher machen. Wir werden uns mit einem Bündel von Maßnahmen dafür einsetzen, Radfahren in Harburg zu einer attraktiven Alternative der Mobilität für viele Menschen zu machen.

1015

- Wir wollen einen weiteren konsequenten Ausbau der sogenannten Velorouten im Bezirk, um das Radfahren auch im Alltag an stärker befahrenen Straßen zu erleichtern. Dort, wo im Einzelfall unattraktive, enge Radwege abgebaut werden, müssen stets attraktive Alternativen für den Radverkehr, wie zum Beispiel Radfahrstreifen oder Fahrradschutzstreifen auf der Fahrbahn geschaffen werden.

1020

- Um das freizeitorientierte Radfahren zu fördern, wollen wir begrünte und autofreie Fuß- und Radwegeverbindungen aus allen Ortsteilen in die Harburger Innenstadt ausbauen oder neu einrichten.

1025

- Wir streben den Bau von Radschnellwegen an. Dort kann auf langer Strecke möglichst ohne Stopps, Beeinträchtigungen und Störungen von anderen Verkehrsmitteln Rad gefahren werden. Schnelleres Fahren ist dabei erwünscht und wird durch den entsprechenden Straßenbelag begünstigt. Auf diesen Strecken hat das Rad klar Vorrang. Diesen hohen Standard wollen wir in einem stadtweiten Netz herstellen. Für Harburg gilt es als ersten Schritt, zeitnah eine erste geeignete Strecke für einen Radschnellweg zu finden.

1030

- Wir fordern die Ausweitung des erfolgreichen Fahrradleihsystems Stadtrad Hamburg auf den Bezirk Harburg. Dabei sind Standorte an allen S-Bahnstationen sowie weiteren Verkehrsknotenpunkten nötig.

1035

- Das Fahrrad schnell und diebstahlsicher abstellen zu können, ist für alle Radfahrenden sehr wichtig. Daher fordern wir mehr und bessere Fahrradständer in Geschäftsstraßen, an Schulen, in Wohngebieten und an Haltestellen. Wenn hierfür vor Ort kein Platz vorhanden ist, muss im Einzelfall auch geprüft werden, ob notfalls einige Autoparkplätze wegfallen müssen. Zudem müssen verstärkt überdachte Fahrradstellplätze mit guter Beleuchtung errichtet werden.

1040

- Wir wollen für den Harburger Bahnhof und für den S-Bahnhof Neugraben Fahrradservicestationen einrichten. Diese Fahrradservicestationen sollen mindestens überdachte und bewachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie Leihräder und eine Fahrradreparatur anbieten. Diese Servicestationen könnten auch mit Fahrrad- oder Zubehörverkauf, der Wartung eines zukünftigen Stadtradsystems oder der bestehenden switchh-Station am Bahnhof Harburg kombiniert werden. Diese switchh-Station muss zu einer vollwertigen Station inklusive Stadtradangebot ausgebaut werden. Auch am S-Bahnhof Neugraben

1045

1050

sollte eine switchh-Station eingerichtet werden. In allen Fällen muss gelten: Das geschützte Abstellen von Fahrrädern an Stationen soll kostenlos sein.

1055

- Wir wollen alle Straßen im Bezirk dahingehend überprüfen lassen, ob zur Sicherheit der Radfahrenden ein Radfahrstreifen oder ein Fahrradschutzstreifen eingerichtet werden kann. Überall dort, wo das kostengünstig möglich ist, sollen sie zügig markiert werden.

1060

- Die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in S-Bahnen und Bussen wollen wir erweitern.

1065

- Regelmäßige Überprüfung und Mängelbeseitigung, Schnitt von Gebüsch und Bäumen, Reinigung wichtiger Radverkehrsanlagen, Kontrollen gegen Falschparkende: All das wollen wir künftig besser gewährleisten. Das Fahrrad ist schon lange für viele Menschen ein ganzjähriges Verkehrsmittel. Daher sind auch die normale Unterhaltsreinigung von Radfahrstreifen und ein funktionierender Winterdienst auf Radwegen an weitaus mehr Strecken unbedingt notwendig. Wir wollen deshalb ein stadtweites "Winterradnetz" definieren, das auch bei Schnee und Eis regelmäßig geräumt und freigehalten wird.

1070

- Wir setzen uns für eine verbesserte Radwegeverbindung zwischen Neuwiedenthal in Richtung Moorgürtel und Altes Land mit einer Brückenverbindung über die Moorburger Landscheide ein.

1075

- Entscheidend für alle Verbesserungen ist die Verwaltung. Wir wollen, dass es im Bezirksamt für den Radverkehr klar verantwortliche Personen samt leistungsfähiger und personell ausreichend ausgestatteter Abteilung gibt.

1080

Mehr Platz für alle durch Gestaltung von Straßen und Wegen

Fußgänger_innen sind die schwächsten Teilnehmenden am Verkehr und einem vergleichsweise hohen Unfallrisiko ausgesetzt. Dieses Risiko wollen wir mindern. Dies gelingt mit übersichtlichen Wegen, die nicht zugeparkt sind, mit guten Sichtverbindungen beim Überqueren von Straßen und mit viel Platz auf Bürger_innensteigen. Mit ausreichender Wegebeleuchtung, regelmäßigen Grünflächen, Bänken und gepflegtem Straßenbegleitgrün sowie dem Abbau von Sichtbarrieren wie Werbeträgern wollen wir einen attraktiven Straßenraum mit erhöhter Aufenthaltsqualität gestalten.

1085

1090

- Wir wollen die Fußgänger_innenampeln mit Grünanforderung (sogenannte „Bettelampeln“) deutlich reduzieren. Wichtig sind uns auch der Ersatz von Fußgänger_innenampeln durch Zebrastreifen sowie längere Grün- und kürzere Wartezeiten an Ampeln. So können wir das Über-Rot-Gehen eindämmen und das Vorankommen auf den Geh- und Radwegen verbessern. Blinkende Warnlampen für den Autoverkehr, akustische Ampelsignale sowie den Ersatz von Ampeln durch Zebrastreifen wollen wir in Absprache mit dem Blinden- und Sehbehindertenverein Hamburg einrichten.

1095

1100

- Wir wollen in zentralen Lagen des Bezirks den Vorrang des Autoverkehrs aufheben, damit alle Menschen den öffentlichen Raum gleichberechtigt nutzen können. Hierzu wollen wir verkehrsrechtliche und bürokratische Hürden so weit wie möglich abbauen und gemeinsam mit den Bürger_innen geeignete Orte für diese

„Gemeinschaftsstraßen“ identifizieren.

1105

- Wir wollen die Moorstraße in eine Kommunaltrasse umwandeln, in der neben Bussen, Taxen und Radfahrenden nur unmittelbarer Anlieger_innenverkehr zugelassen ist (ein schon bestehendes Beispiel hierfür ist die Mönckebergstraße).

1110

- Beim endgültigen Ausbau von Bezirksstraßen wollen wir sicherstellen, dass die jeweiligen Ausbaumaßnahmen auch sinnvoll sind und einen erheblichen Mehrwert für den öffentlichen Straßenraum mit sich bringen. Der Ausbau darf nicht lediglich dazu dienen, möglicherweise Jahrzehnte lang nicht erhobene Anlieger_innenbeiträge kassieren zu können.

1115

Für maßvollen Verkehr und umfassenden Lärmschutz durch Verkehrsberuhigung

Die Menschen im Bezirk Harburg sind in besonders hohem Maße von Lärm und Luftschadstoffen durch Straßen- und Schienenverkehr betroffen. Besonders der Wirtschaftsverkehr ist problematisch und hat einen überproportionalen Anteil an den Lärm-, Feinstaub- und Stickoxid-Emissionen. Er macht die Menschen krank und schadet der Umwelt. Wir GRÜNEN möchten vor allem den Lkw-Verkehr soweit wie möglich auf zentrale Routen konzentrieren und aus den Wohngebieten heraushalten. Die Politik muss sich trauen, an bestimmten Stellen Durchfahrtsverbote für Lkw, Tonnagebeschränkungen und Lkw-Schleusen durchzusetzen. Um die Menschen vor den nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs zu schützen, sind vielfältige Maßnahmen notwendig.

1120

1125

- Wir fordern eine konsequente Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus der Lärmaktionsplanung.

1130

- Die wohl leider nicht mehr zu verhindernde A26 muss durchgängig mit wirksamem Lärmschutz versehen werden.

1135

- Wir fordern, dass die A26 von Buxtehude bis zur Hamburger Landesgrenze erst dann für den Autoverkehr freigegeben wird, wenn auch das Teilstück auf Hamburger Gebiet fertiggestellt ist. Nur so können die Anwohner_innen, aber auch der Pkw- und der Güterverkehr im Süderelberaum vor einem Verkehrschaos bewahrt werden. Wenn die A26 fertig gestellt ist, möchten wir den Rückbau der Cuxhavener Straße ernsthaft prüfen.

1140

- Wir fordern für alle Straßen im Bezirk, bei denen der Lärmschutz-Grenzwert von 60 dB(A) nachts überschritten wird, sowie den dazugehörigen Ausweichstrecken nachts Tempo 30 anzuordnen. Davon würden vor allem die Anlieger_innen der Winsener Straße, der Bremer Straße und der B73 profitieren.

1145

- Wir wollen Nachtfahrverbote für Lkw-Transitverkehre auf innerstädtischen Ausweichstrecken wie insbesondere auf der Bremer Straße.

1150

- Senator Horch hat versprochen, die Bremer Straße mit Flüsterasphalt zu versehen. Wir fordern eine kurzfristige Realisierung dieser Maßnahme.

- Wir wollen vor allem vermeiden, dass sich der Fernverkehr – insbesondere schwerer Lkw-Verkehr - Schleichwege durch Wohngebiete sucht. Straßen wie die nördliche Winsener Straße, Jäger- und Vogteistraße, der Ehestorfer Weg, die Eißendorfer Straße

- 1155 oder der Marschkamper Deich sind dafür nicht geeignet. Deshalb wollen wir mit Tempobeschränkungen, verkehrsberuhigenden Einbauten, intelligenten Ampelschaltungen, Wegweisungen, Umbau von Knotenpunkten sowie ggf. auch mit Durchfahrtsverboten oder Tonnagebeschränkungen dafür sorgen, dass der Fernverkehr dort fließt, wo er hingehört: auf Autobahnen, Bundesstraßen und gewerblich geprägten Hauptverkehrsstraßen.
- 1160
- Sollte die inzwischen auf den Weg gebrachte Umgestaltung der Jäger- und Vogteistraße keine nachhaltige und deutliche Verkehrsberuhigung im Hinblick auf den dortigen Lkw-Verkehr mit sich bringen, treten wir für eine geeignete Tonnagebegrenzung für die als Tempo-30-Zone ausgewiesenen Straßenzüge ein.
- 1165
- Wir wollen auf allen Ausfahrtstraßen einen ruhigen aber flüssigen Straßenverkehr durch intelligente Ampelschaltungen, grüne Wellen und Kreisverkehre fördern.
- 1170
- Wir fordern, dass Gefahrguttransporte zukünftig nicht mehr durch Wohngebiete geführt werden.
- Die Einhaltung der jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeit wollen wir durch die Aufstellung von Blitzampeln, durch weitere Dialog-Displays sowie weitere moderne Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte sicherstellen.
- 1175
- Wir setzen uns für eine deutliche Ausweitung von Tempo-30-Zonen in allen Wohngebieten und Nebenstraßen ein. Wir wollen, dass die von der Fachbehörde selbst vorgeschlagenen Straßenzüge, namentlich Bissingstraße, Hasselwerder Straße, Hausbrucher Moor, Triftstraße und östliche Haakestraße unverzüglich Tempo-30-Zonen werden.
- 1180
- Wir setzen uns im Interesse eines besseren Verkehrsflusses dafür ein, alle bestehenden Ampelanlagen daraufhin zu überprüfen, ob sie zu später Abend- oder Nachtstunde aus Sicherheitsgründen tatsächlich eingeschaltet bleiben müssen. Der Schutz des nicht motorisierten Individualverkehrs hat hierbei Vorrang.
- 1185
- Die Hafenuferspange (HQS) als Südtrasse südlich von Moorburg und nördlich von Bostelbek lehnen wir aus Natur- und Lärmschutzgründen ab. Wir wollen Alternativen durch den Ausbau von Straßen im Bestand prüfen, die eine HQS überflüssig machen. Moderne alternative Verkehrskonzepte (Verkehrstelematik, Cargo Beamer etc.) sollen Vorrang haben gegenüber Neu- und Ausbaumaßnahmen im Straßenverkehr.
- 1190
- Für eine Verkehrswegeverbindung von Moorburg nach Wilhelmsburg wollen wir vor allem im Interesse des Lärmschutzes eine möglichst flache Brückenlösung. Die derzeit in Rede stehende Hochbrücke lehnen wir aufgrund ihrer Ausmaße, der hohen Kosten und der negativen Auswirkungen insbesondere für die Moorburger Bevölkerung ab.
- 1195
- Wir fordern die konkrete Planung eines „Bypass Harburg“ zur Entlastung der Bahnstrecken im Harburger Kern, beispielsweise durch einen Güterzugtunnel unter der Haake parallel zur A7.
- 1200
- Wir treten ein für die Entwicklung eines umweltverträglichen und nachhaltigen Schwerlastverkehrs-Konzepts im Süderelbe- und Hafengebiet auf breiter gesellschaftlicher Basis. Im Rahmen eines ‚Runden Tisches‘ soll jeder und jedem
- 1205

Gelegenheit gegeben werden, eine gemeinsame tragfähige Lösung zu erarbeiten. Dieses Planungsverfahren ist transparent und ergebnisoffen zu gestalten.

1210 **Kultur, Bildung und Soziales**

Kultur für alle fördern

- 1215 Harburg zeichnet sich durch seine kulturelle Vielfalt aus. Diese wollen wir erhalten und weiter ausbauen. So müssen auch die vielen kleineren Initiativen und Einrichtungen einen Platz im Bezirk haben. Es darf nicht sein, dass durch den Sparzwang der Kulturbehörde nur große Einrichtungen gefördert werden und andere aktive Kunst- und Kulturschaffende auf der Strecke bleiben. Hier muss es einen gerechten Ausgleich geben:
- 1220 • Der Rieckhof muss als Kulturzentrum in Harburg erhalten bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die nötige finanzielle Unterstützung zur Sanierung und zum Betrieb der Einrichtung bereitgestellt wird.
 - 1225 • Wir fordern die Aufnahme der Geschichtswerkstatt Harburg in die institutionelle Förderung.
 - Wir unterstützen die Denkmalschutzinitiative der Kulturbehörde im Binnenhafen.
 - 1230 • Wir befürworten die Bestrebungen, das Alte Land als europäisches Kulturerbe anerkennen zu lassen.
 - Wir wollen es Kulturschaffenden erleichtern, für nicht kommerzielle Kulturveranstaltungen zu werben und dafür leichter Sondernutzungen bewilligt zu bekommen.
 - 1235 • Wir wollen gemeinsam mit den Veranstalter_innen des freien Kleinkunst-Festivals „Keine Knete, trotzdem Fete“ einen verlässlichen Austragungsort finden.
 - 1240 • Das Harburger Binnenhafenfest „Leinen los“, wollen wir auch in finanzieller Hinsicht unterstützen.
 - Wir fordern, dass Musiker_innen und Künstler_innen Proberäume und Ateliers im Bezirk zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu brauchen wir bezirkliche Konzepte und ein entsprechendes Management, um die Veranstaltungsflächen optimal nutzen zu können. Außerdem wollen wir einen multifunktionalen Kunst- und Veranstaltungsraum - zum Beispiel durch Zwischennutzungen leer stehender Gewerberäume (insbesondere der Phoenixhallen) - schaffen.
 - 1245 • Wir fördern die bessere Vernetzung aller Kulturschaffenden mit den bezirklichen Gremien, zum Beispiel durch die Schaffung eines Kulturbeirats, der Empfehlungen an den bezirklichen Kulturausschuss aussprechen kann.
 - 1250 • Wir setzen uns dafür ein, dass das Mahnmal gegen den Faschismus am Harburger Ring wieder als solches erkannt und gewürdigt wird.
 - 1255

- Wir unterstützen die Einrichtung eines nicht-kommerziellen freien WLAN-Netzes im gesamten Bezirk Harburg

- 1260 • Der historische Keller des Harburger Schlosses ist der ideale Ort für eine stadthistorische Museumsfläche. Wir wünschen uns hier attraktive Ausstellungsflächen für Ausstellungen zur Harburger Geschichte, wie beispielsweise die Rolle Harburger Unternehmen im Kolonialismus.

1265 **Grüne Bildungspolitik öffnet Türen für ein selbstbestimmtes Leben**

Grundlage grüner Bildungspolitik ist ein Bildungssystem, das allen Lernenden Chancen eröffnet. Bildung ist der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs, Bildung ist aber vor allem ein Menschenrecht. Sie ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und erschließt den Zugang zu Arbeit und selbstständiger Existenzsicherung und ist gleichzeitig die Voraussetzung zur umfassenden Entfaltung einer mündigen Persönlichkeit. Herkunft, Geldbeutel der Eltern, Alter oder Geschlecht dürfen diesen Anspruch auf Bildung nicht einschränken. Wir stehen für eine Bildungspolitik, die alle mitnimmt - und zwar von Anfang an. Bildung funktioniert bei uns nach dem Leitbild der Inklusion und soll niemanden ausgrenzen.

1270

1275

Unsere konkreten Zielsetzungen für den Bezirk sind:

- 1280 • Die Regionalen Bildungskonferenzen sollen als Ort des Diskurses und der Moderation regionaler Bildungsverbände weiter entwickelt und gestärkt werden. Das Ziel ist es, gemeinsame und abgestimmte Konzepte von „Bildungslandschaften“ für den Bezirk zu erarbeiten.
- 1285 • Wir möchten die Forderungen der Bezirksversammlung zum Schulentwicklungsplan 2012-2019 konsequent umsetzen. Kleine Grundschulen in Neuland und den Süderelbedörfern sollen erhalten bleiben.
- 1290 • Neue Lernformen und Strukturen sollen auf freiwilliger Basis unter basisdemokratischer Beteiligung von Lehrkräften, Elternschaft und schülerInnenkammer hamburg durch Schulversuche im Bezirk erprobt werden können.
- 1295 • Die frühkindliche Bildungsförderung muss weiter ausgebaut werden. Die Grundlage hierfür ist ein bedarfsgerechter Kita-Ausbau um ganztägige und qualitativ hochwertige Kita-Betreuung zu gewährleisten. Ein wichtiges Ziel für Harburg ist es, den Zugang von Eltern mit Migrationshintergrund zu Angeboten der frühkindlichen Bildung zu steigern und zu fördern.
- 1300 • Neben leistungsstarken und pädagogisch orientierten Gymnasien soll die Stadtteilschule im Bezirk als eine starke und attraktive Alternative entwickelt werden. Dabei steht die inhaltliche Gestaltung von Stadtteilschulen mit eigenständigen pädagogischen Profilen und Oberstufen im Vordergrund.
- 1305 • Schulen in sozial benachteiligten Teilen des Bezirks müssen besser ausgestattet werden. Insbesondere fordern wir die professionelle und pädagogische Umsetzung von echten Ganztagschulen. Diese sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems und eröffnen Möglichkeiten, Inklusion behutsam aber verbindlich im Bezirk umzusetzen und zu stärken. Hierzu müssen auch die

pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen für das Lernen und Leben in der Schule geschaffen werden.

1310

- Das zwischen „Schulbau Hamburg“ (SBH) und den Schulen des Bezirks vereinbarte Schulbaukonzept soll unter Beteiligung der Schulen zügig umgesetzt werden. Zukünftige Schulbauten als Lern- und Lebensraum müssen sich grundlegend an Funktionalität, Ästhetik und Nachhaltigkeit orientieren.

1315

- Es ist deshalb naheliegend, bei Sanierung und Neubau die Schulgebäude zum Modell einer gelebten Nachhaltigkeit zu machen, indem ökologische und energieeffiziente Schulgebäudegestaltungen gefördert werden. Das auch in Harburg seit 1994 erfolgreiche fifty-fifty-Konzept zur Einsparung von Energie, Wasser und Abfall soll dabei in allen Schulen fortgeführt werden.

1320

- Wir wollen den weiteren räumlichen und personellen Ausbau der TUHH als ein wichtiges Element des Lehr- und Forschungsstandorts Hamburg fördern. Insbesondere unterstützen wir eine stärkere Vernetzung der TUHH im Stadtteil; Kooperationen mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollen verstetigt und verstärkt werden.

1325

Grüne Sozialpolitik im Bezirk Harburg - Eltern und Kinder stärken

Kinder sind die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Sie gehören in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion und Planung. Im Rahmen des Krippen-Ausbauprogramms wächst das Kita-Platzangebot in Harburg. Um die Träger_innenvielfalt zu erhalten, unterstützen wir beim weiteren Ausbau insbesondere kleinere Träger_innen der Jugendhilfe. Des Weiteren möchten wir über die Jugendhilfeplanung einen bedarfsgerechten Ausbau mit einer ebenso bedarfsgerechten Verteilung im Bezirk steuern.

1335

- Begründet mit der Umwandlung der meisten Schulen in Ganztagschulen hat es Einsparungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gegeben. Wir halten diese Angebotsform weiterhin für unerlässlich und fordern ausdrücklich den Erhalt. Die hochwertige Arbeit und das vertrauensvolle Miteinander zwischen Jugendlichen und Betreuenden müssen verlässlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Hierzu gehört auch der Erhalt der Straßensozialarbeit.

1340

- Die institutionelle Betreuung von Kindern gewinnt durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag und der Umstrukturierung in Ganztagschulen an Bedeutung. Bereiche, die bisher von Familie abgedeckt wurden, erbringen zunehmend öffentliche Einrichtungen der Jugendhilfe und Schulen. Zu Recht erwarten Eltern hier Qualität. Wenn quantitativ ausgebaut wird, darf es auf keinem Fall zu Qualitätsverlusten kommen. Jugendhilfe muss unter diesen neuen und erweiterten Anforderungen neu gedacht werden. Dies braucht Zeit und professionelle Unterstützung für alle Akteur_innen.

1345

1350

- Die institutionsübergreifende sozialräumliche Arbeit, wie sie sich auch in Harburg etabliert hat, zeigt, wie wichtig und förderlich der Kontakt aller Institutionen untereinander ist und wie wichtig das Wissen um alle sozialen Angebote im Bezirk ist. Ziel ist es, Familien mit einem Hilfebedarf frühzeitig zu erkennen, anzusprechen und an entsprechende Hilfen heranzuführen. Dies ist ein sinnvolles und zeitgemäßes Instrument, das aber auf keinen Fall den Einsatz des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) im Bezirk verringern darf. Um dem Anspruch an Vernetzungsarbeit gerecht

1355

- 1360 werden zu können, ist es dringend erforderlich, hierfür die entsprechenden Zeitressourcen zur Verfügung zu stellen.
- 1365 • Im Rahmen kooperativer Arbeit unterstützen wir den weiteren Ausbau von Eltern-Kind-Zentren. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag haben die Kitas die Möglichkeit, frühzeitige Hilfebedarfe von Eltern zu erkennen. Um den sich daraus ergebenden Bedarfen gerecht zu werden, benötigen sie zusätzliche Mittel und Möglichkeiten. Die Eltern-Kind-Zentren haben sich hier als sehr wirksames Instrument erwiesen.
 - 1370 • Wir wollen den Kinderschutz durch die aufsuchende Arbeit von Familienhebammen weiter stärken und als feste Stellen im Gesundheitsamt etablieren. Die Kooperation zwischen Hebammen, Mütterberatungsstellen, Frühen Hilfen und dem ASD sollte sich auf weitere Berufsfelder wie z. B. Erzieher_innen aus den Kitas und „Kinderschutzfachkräfte“ ausweiten.
 - 1375 • Weiterhin wird es immer wieder auch zu Inobhutnahmen von Kindern kommen, bei denen das Kindeswohl gefährdet ist. Dies sollte nach Möglichkeit nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Die Zeit der Fremdunterbringung soll Eltern die Möglichkeit geben sich zu stabilisieren. In der Regel soll es dabei nicht zu Kontaktabbrüchen kommen. Um die Eltern-Kind Verbindung aufrecht zu erhalten ist eine ortsnahe Unterbringung der Kinder erforderlich. Den Ausbau weiterer Kinderschutzplätze und betreuter Wohngruppen wollen wir daher fördern.
 - 1380
 - 1385 • Durch die Einrichtung der Sozialraumteams und den Regionalen Bildungskonferenzen ist die Zusammenarbeit von Akteur_innen des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens auf den Weg gebracht, dies gilt es kontinuierlich auszubauen und zu sichern.
 - 1390 • Das Freibad Neugraben hat einen hohen sozialen Wert für Familien aus dem Süderelberaum, da es direkt im Wohnumfeld liegt und mit seinen geringen Eintrittspreisen vielen Familien erst die Nutzung ermöglicht. Hinzu kommt der Anspruch aus den aktuellen Bildungsempfehlungen an die Kitas, mit den Kindern regelmäßig Schwimmen zu gehen. Diesem kann nur entsprochen werden, wenn es auch in unmittelbarer Nähe Schwimmbäder gibt. Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt des Neugrabener Schwimmbads ein, mindestens so lange, bis in Neugraben ein neues Kombibad mit Außenschwimmbecken eröffnet ist.
 - 1395

Hilfe für Menschen in besonderen Problemlagen

- 1400 Wir haben der Einrichtung der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) in der Harburger Poststraße zugestimmt. Wir sehen es als unseren humanitären Auftrag, in Not geratene Menschen aufzunehmen. Wir möchten mit unserer Haltung deutlich eine Kultur der Solidarität zum Ausdruck bringen. Mit dieser Entscheidung sehen wir uns selbstverständlich auch in der Verantwortung, aktiv an den Bedingungen in der Einrichtung, wie auch an der Integration dieser Menschen in unseren Stadtteil mitzuwirken. Wir wollen Konzepte anregen und unterstützen, die Hilfestellungen und Dienstleistungen aus Einrichtungen, Unternehmen und Institutionen unseres Bezirks in die ZEA einbringen und anbieten wollen.
- 1405
- Wir Grünen treten für eine menschenwürdige, integrationsfördernde und sozialverträgliche Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen ein. Das kann

- 1410 nur gelingen, wenn den Menschen dezentrale, überschaubare Wohneinheiten, verteilt über das gesamte Stadtgebiet, zur Verfügung stehen. Massenunterkünfte lehnen wir ab.
- 1415 • Wir fordern ein Gesamtkonzept für die Öffentliche Unterbringung in Hamburg, mit dem Ziel, mittelfristig eine ausreichende Anzahl kleinerer, moderner, menschenwürdigerer Wohneinheiten mit Beratungs- und Betreuungsangeboten für Obdachlose und Flüchtlinge bereitzuhalten. Bei alleinstehenden Personen soll regelhaft – anders als bisher – Einzelzimmerunterbringung angeboten werden.
 - 1420 • Der „Runde Tisch Wetternstrasse“ hat sich als wirkungsvolles Instrument gezeigt, allen Beteiligten, hier auch besonders den Anwohnern der Wetternstrasse, die Möglichkeit zu geben, auf Unzulänglichkeiten und Missstände, die sich durch die örtliche Nähe der Siedlung zu den Einrichtungen der Öffentlichen Unterbringung ergeben aufmerksam zu machen und konstruktiv an der Gestaltung des Miteinanders mitzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser „Runde Tisch“ fortgeführt und um die Vertreter der ZEA sowie Vertreter_innen der betroffenen Flüchtlinge und Obdachlosen erweitert wird.
 - 1425 • Wir treten dafür ein, dass auch in Harburg eine ausreichende Anzahl von Winternotquartieren zur Verfügung steht. Da die Großunterkünfte mit mehreren 100 Plätzen nördlich der Elbe von vielen obdachlosen Menschen aus Angst vor Gewalt und Diebstahl gemieden werden, ist es eine Frage der Menschlichkeit, alternative, kleinere Winterquartiere anzubieten.
 - 1430 • Wir unterstützen ausdrücklich das „Hans-Fitze-Haus – Zentrum für soziale Integration von Suchtgefährdeten Menschen“ und sehen in dem Konzept geeignete Möglichkeiten den Bedürfnissen suchtgefährdeter Menschen gerecht zu werden. Kombiniert mit dem Ansatz der aufsuchenden Sozialarbeit besteht eine große Chance, mit diesen Menschen gemeinsam Perspektiven zu entwickeln. Das Projekt für Freizeitgestaltung (PFG) soll künftig in das Projekt Hans-Fitze-Haus mit aufgenommen werden, da so im Angebots-, Beratungs- und Unterstützungsbereich Synergieeffekte genutzt werden könnten.
 - 1435
 - 1440

Vorsorgen ist besser als heilen: Gesundheitspolitik vor Ort

- 1445 Die Gesundheitspolitik darf in Harburg kein Schattendasein führen. Das Hamburgische Gesundheitsdienstgesetz verpflichtet die Verwaltung, datengestützt fachliche Zielvorstellungen zu entwickeln und gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen anzuregen und durchzuführen. Der bezirkliche Gesundheitsdienst ist unterfinanziert und muss wieder eine bedarfsgerechte Ausstattung erhalten. Die erfolgreichen Ansätze in der
- 1450 Gesundheitsprävention müssen durch neue Projekte und eine organisierte Zusammenarbeit von Sozial-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ausgebaut und nachhaltig gesichert werden.
- 1455 • Wir fordern den alle zwei Jahre stattfindenden Hamburger Gesundheitstag deutlich attraktiver und effektiver als bisher zu gestalten. Dazu müssen den Bezirksämtern künftig zusätzliche Mittel insbesondere für Werbemaßnahmen zur Verfügung stehen.
 - 1460 • Darüber hinaus wollen wir alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Hamburger Gesundheitstag auch einen attraktiven Harburger Gesundheitstag, der gegebenenfalls aus Sondermitteln der Bezirksversammlung Harburg finanziert werden könnte. Ziel der

- 1465 Gesundheitstage muss es sein, Erwachsenen und Kindern eine gesunde Lebensweise nahe zu bringen. Dabei sollen statt Fachvorträgen und Lehrveranstaltungen sportliche und spielerische Aktivitäten im Vordergrund stehen. Bildungs-, Sozial- und Freizeiteinrichtungen sind an den Gesundheitstagen möglichst zu beteiligen. Wir möchten die Gesundheitstage zudem mit allgemeinen Projekten wie der Breitensportförderung der Sportvereine verknüpfen.
- 1470 • Wir fordern, den ärztlichen und schulzahnärztlichen Dienst zu stärken und weiterhin in den bezirklichen Gesundheitsämtern zu verankern.
 - Wir wollen insgesamt den Öffentlichen Gesundheitsdienst in der Bezirksverwaltung modernisieren, damit dieser seinen umfangreichen Aufgaben im Bereich der Gesundheitsprävention effektiv nachkommen kann.
 - 1475 • Als konkretes Projekt der Gesundheitsprävention könnte der Bezirk weitere beleuchtete Laufstrecken einrichten, wie sie letztes Jahr auf dem ehemaligen IGS-Gelände entstanden sind. Qualifiziert angeleitete und niedrighschwellige, gesundheitsorientierte „Lauftreffs“ sollen öffentlich gefördert und beworben werden. Die Qualifizierung der Anleitung soll unterstützt werden.
 - 1480 • Politik muss die Verhältnisse schaffen, die gesundes Verhalten fördern. Durch eine Vernetzung aller im Gesundheitswesen tätiger Personen und Institutionen wollen wir die Gesundheitsversorgung sichern und verhindern, dass weiterhin Ärzt_innen aus den sozial benachteiligten Stadtteilen oder ländlich strukturierten Gebieten wie den Elbdörfern Moorburg, Neuenfelde, Francop und Cranz abwandern.
 - 1485